

**Zwei Lehrpersonen weniger in Bilten**

Bilten. – Auf Ende des Schuljahres 2007/2008 verlassen drei Lehrkräfte die Gemeinde Bilten, wie Gemeindepräsident Peter Lienhard letzte Woche an der Gemeindeversammlung mitteilte. Da die Schülerzahlen auf das nächste Schuljahr hin deutlich tiefer liegen würden, müsse andererseits nur eine der drei frei werdenden Stellen wieder besetzt werden. (pw)

**Jugend und Sport: Reumer tritt zurück**

Glarus/Oberurnen. – Der Regierungsrat nimmt Kenntnis vom Rücktritt von Paul Reumer, Oberurnen, als Mitglied der Kommission für Jugend und Sport. Per Ende Dezember wird Reumer die Kommission verlassen. Dies schreibt der Rat in seiner Medienmitteilung von gestern. (mitg)

**Vernehmlassung zum Flugplatz verlängert**

Die Projektleitung räumt den Betroffenen mehr Zeit ein, um ihre Standpunkte in die Planung einzubringen.

Von Fridolin Rast

Glarus. – Die Vernehmlassungsrüst zur künftigen Nutzung des Flugplatzes Mollis ist um zehn Tage bis übermorgen verlängert worden. Dies sagt Samuel Enggist von der Kontaktstelle für Wirtschaft Glarusnet auf Anfrage der «Südostschweiz». Vorab die Anliegergemeinden und der Flugplatzverein hätten darum ersucht und den Koordinationsaufwand als Begründung genannt.

**Marschrichtung der Armee unklar**  
Die abschliessende Auswertung durch das Planungsbüro Bächtold und Moor in Bern dürfte zwei bis drei Wochen dauern, so Enggist. Zahlreiche Antworten seien dort bereits eingetroffen, das Interesse sei gross.

Wie ernsthaft die erneut ins Spiel gebrachten Absichten der Luftwaffe seien, den Flugplatz Mollis weiterhin für Militärjets zu nutzen, sei noch nicht bekannt, erklärt Enggist: «Wir wissen erst, dass die Armee eine neue Prüfung vornimmt.» Man sei darüber von Armee und vom Leiter der kantonalen Hauptabteilung Militär und Zivilschutz, Oberst Fritz Stüssi, informiert worden. Vertiefte Gespräche über die Absichten der Armee seien in nächster Zeit geplant.

Informationen für die Öffentlichkeit stellt Samuel Enggist auf Mitte bis Ende Juni in Aussicht. Dieser Zeitpunkt reiche noch aus, um den Fahrplan hin zum Betreiberkonzert für den Flugplatz Mollis einzuhalten.

**Festgefahrene Positionen im Seilziehen um einen Asbestfall**

**Verschleppt der Glarner Verhörrichter Markus Denzler einen Asbestfall? Der Opferanwalt Massimo Aliotta erhebt schwere Vorwürfe.**

Von Daniel Fischli

Glarus. – «Es ist ungeheuerlich, dass sich der Verhörrichter nicht an das Urteil des Kantonsgerichtspräsidenten hält!» Der Winterthurer Anwalt und Präsident des Asbestopfervereines, Massimo Aliotta, fährt auf Anfrage der «Südostschweiz» schweres Geschütz auf.

Im Februar hatte Kantonsgerichtspräsident Marco Giovanoli entschieden, Verhörrichter Markus Denzler müsse den Fall eines an Lungenkrebs gestorbenen Eternitarbeiters untersuchen. Jener hatte zuvor die Untersuchung vorläufig einstellen wollen, worauf Aliotta an das Gericht gelangt war. Jetzt missachte Denzler das Urteil und plane erneut das Verfahren einzustellen, erklärt Aliotta.

**Und wieder ans Kantonsgericht**  
Verhörrichter Denzler habe nach dem Urteilsspruch des Kantonsgerichtspräsidenten weiter nichts gemacht, als beim Bundesgericht die Akten von dort hängigen anderen Asbestfällen zu bestellen, so Aliotta. Dann habe er sich erneut entschlossen das Verfahren einzustellen.

In einem Brief vom 2. Mai an die Rechtsanwältin der am Verfahren beteiligten Parteien teilt Denzler dann mit, es werde die «Einstellung der Strafuntersuchung erwogen». Massimo Aliotta wollte gestern noch nicht bekannt geben, was er nun zu tun gedenkt. Falls er die Einstellung der Untersuchung erneut anfecht, wird sich wieder das Kantonsgericht mit der Sache befassen müssen.

**Befangener Verhörrichter?**

Der Winterthurer Anwalt hat nach einem zweiten Pfeil im Köcher: «Man kann sich fragen, ob Herr Denzler unabhängig ist», meint er Ende März, nachdem das Bundesgericht eine Beschwerde Denzlers gegen das Urteil des Kantonsgerichtspräsidenten abgewiesen hatte, hat Aliotta laut darüber nachgedacht, die Ersetzung des Verhörrichters wegen Befangenheit zu verlangen. Offenbar wehre sich dieser vehement dagegen, den Fall untersuchen zu müssen, meinte er damals gegenüber der «Südostschweiz».

Verhörrichter Markus Denzler sieht die Sache erwartungsgemäss anders. «Nur weil ich eine andere Meinung als Herr Aliotta habe, heisst das noch nicht, dass ich befangen wäre», meint er.



Kritisierte Justitia: Dem Glarner Gerichtshaus wird vorgeworfen, es sei nicht unabhängig.

Bildmontage SO

Der Verhörrichter erklärt, er sehe keine Notwendigkeit für weitere Untersuchungen. Weshalb er zu diesem Schluss gekommen ist, wollte er gestern noch nicht bekannt geben. In der Verfügung über die Einstellung des Verfahrens werde er die Gründe erläutern. Dass es nicht einfach die selben sein können wie in der ersten, vom Kantonsgericht aufgehobenen Einstellungsverfügung, liegt auf der Hand.

**Warten auf Lausanne**

Der Konflikt dreht sich im Grundsatz um die Frage, ob andere, beim Bundesgericht noch hängige, Asbestfälle für den aktuellen relevant sind oder

nicht. Der Verhörrichter meint ja und will das Urteil aus Lausanne abwarten, bevor er die Untersuchung führt. «Das Urteil des Bundesgerichts wird begleitend sein, auch für den vorliegenden Fall», erklärt er. Falls nämlich Lausanne zum Schluss kommt, jene Fälle seien verjährt, ist es nach Ansicht von Denzler auch der aktuelle.

Massimo Aliotta ist anderer Meinung, und der Kantonsgerichtspräsident war es auch. Im Urteil vom Februar heisst es: «Das Verhöramt hat den möglicherweise strafrechtlich relevanten Umgang mit Asbest in den Werken der Eternit (Schweiz) AG ab April 1998 bisher nicht oder zumindest nicht umfassend untersucht.»

Der Verzicht auf diese Untersuchungen könne nicht mit dem Abwarten des Bundesgerichtsurteils begründet werden.

Die Eternit gilt seit April 1998 als asbestfrei. Dazu Aliotta: «Herr Denzler glaubt der Eternit ohne Durchführung weiterer Untersuchungen, wenn er behauptet, es lägen keine Anhaltspunkte vor, dass nach diesem Zeitpunkt noch Asbest verarbeitet worden sei.» Und hier liegt der Hund begraben: Falls es nämlich nach 1998 tatsächlich noch zu strafbaren Handlungen der Eternit-Verantwortlichen gekommen sein sollte, wäre die Verjährungsfrist noch nicht abgelaufen.

**Kredite für Lehrer-Informatik und gegen blaue Zungen**

**Der Regierungsrat bewilligt 70 000 Franken für ein Lehrer-Office-Programm. Aus dem Tierseuchenfonds finanziert er den Weg der Blauzungen-Impfung zum Bauernhof.**

Glarus. – 30 Franken pro Betriebsbesuch bezahlt der Kanton Glarus den Tierärzten für die Impfung der Kühe gegen Blauzungenkrankheit. Für rund 580 Betriebe – oder 930 Betriebsbesuche – wird die Pauschale laut Medienmitteilung des Regierungsrats im laufenden Jahr 28 000 Franken kosten. Dieses Geld hat der Rat in seiner Sitzung von gestern als Nachtragskredit

aus dem Tierseuchenfonds bewilligt.

Den Anteil der Tierhalter legt der Regierungsrat auf 4 Franken pro Impfung fest. Diese Entschädigung an den Tierarzt pro durchgeführte Impfung kostet die Landwirte nach den Berechnungen des Regierungsrats 114 000 Franken. Geimpft werden müssen demnach 16 500 Tiere, wovon 12 000 Rinder zweimal.

«Die Impfungen sind voraussichtlich während dreier Jahre durchzuführen», schreibt der Regierungsrat. Ab dem zweiten Jahr müssten nur noch die rund 1500 Aufzuchtalber ein zweites Mal geimpft werden. Der Gesamtaufwand werde entsprechend sinken. Das Departement Finanzen

und Gesundheit wird mit dem Vollzug und der Rechnungsstellung an die Tierhalter beauftragt.

**Impfen statt Mücken ausrotten**

Um das Blauzungenvirus in Europa auszurotten, sollen auch in der Schweiz gemäss Weisung des Bundes im Frühsommer 2008 alle impffähigen Kinder, Schafe und Ziegen gegen die Blauzungenkrankheit geimpft werden. Ab Anfang Juni steht dafür der nötige Impfstoff bereit.

Da Rindvieh zweimal geimpft werden müsse, seien gesamtschweizerisch rund vier Millionen Impfdosen benötigt. Die Stechmücken auszurotten, welche die Krankheit übertragen, sei dagegen aus ökologischen und

ökonomischen Gründen nicht in Frage gekommen.

**Verwaltungsprogramm für Lehrer**

Für eine Informatik-Administrationslösung für Lehrpersonen an der Volksschule bewilligt der Regierungsrat laut der Medienmitteilung einen Kredit von 70 000 Franken. Damit sollen auch Support und Softwareanpassungen während der nächsten drei Jahre abgedeckt sein. Finanziert wird das Paket aus dem Rückstellungsfonds für das kantonale Projekt zur Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT). Dieses hat die Landgemeinde 2001 bewilligt.

Mit LehrerOffice bekommen die Lehrpersonen laut der Regierung ein

etabliertes Programm. Neben der Schüler- und Notenverwaltung ermögliche es auch den Datenaustausch unter den Lehrpersonen und den Druck der Zeugnisse.

Mehrere Schulgemeinden – Niederurnen sowie die Sekundarstufen Nafels und Glarus – arbeiteten bereits damit. Die Projektgruppe C4, welche sich mit einheitlichen Informatiklösungen im Rahmen der Gemeindestrukturreform befasst, sowie die Schulpräsidenten befürworten laut der Mitteilung die einheitliche Lösung und das vorgeschlagene Vorgehen einstimmig. Auch die Kantone Schwyz, Zug, Appenzell Ausserrrhoden und Luzern hätten sich für dieses Produkt entschieden. (mitg)